

lernt, daß die ganze Wahrheit immer reicher und geheimnisvoller ist als das, was er davon schon reflex ergriffen hat, daß zwischen der wirklichen Wahrheit von gestern, von heute und morgen eine tiefere geheime Übereinstimmung besteht, als die vorlauten Neuerer und die konservativen Apologeten des Alten um jeden Preis es wissen. Er wird die Erfahrung machen, daß das Bleibende lebendig ist und die letzte Tiefe des Sich-Wandelnden das Ewige ist, daß das Bleibende das ist, das die Kraft hat, sich zu wandeln. Solch ein Bleibendes aber ist die Kirche. Wir ergreifen ihr Bleibendes, wenn wir uns dem Wandel anvertrauen, den ihr ihr eigener Geist durch die Geschichte schenkt, indem er sie immer mehr in alle Wahrheit und in die Fülle des Lebens Gottes einführt.

Die öffentliche Meinung und wir

Willi Geiger

Es gibt Staats- und Regierungsformen, unter denen die gute Ordnung innerhalb der Gesellschaft, das Funktionieren des Staatsapparats und die Erhaltung eines politischen Systems der Freiheit und Gerechtigkeit für alle entscheidend davon abhängen, daß eine elitäre Minderheit, daß eine relativ kleine Gruppe von Funktionären oder daß die Spitze des Staates die ihr überlassene Macht und Kompetenz richtig, vernünftig und verantwortungsbewußt ausübt. Die Regierten mögen in diesen Fällen die Nutznießer einer solchen staatsrechtlichen und politischen Ordnung sein; Gestalter oder auch nur Mitverantwortliche für die Ordnung, unter der sie leben, sind sie nicht. Von ihnen hängt deshalb auch das Funktionieren eines solchen Staatswesens nicht ab.

In der freiheitlichen Demokratie ist das alles ganz anders. Die Demokratie kann nicht nur nicht funktionieren, sie kann nicht einmal existieren ohne die tätige Anteilnahme der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten. Das ist gewiß keine Aufforderung an die Bürger zur Geringschätzung der staatlichen Institutionen, zur Mißachtung der verfassungsmäßig ausgeübten Staatsgewalt durch Parlament, Regierung und Exekutive, zu unverantwortlichem Rasonieren, zu ungeordnetem und zügellosem Dreinreden und Einflußnehmen auf die politischen Entscheidungen im Kleinen und im Großen unter Verzicht auf Sachkunde! Der Hinweis, die freiheitliche Demokratie hänge existentiell davon ab, daß es in ihr genügend Demokraten, eben Bürger gebe, die sich für sie engagieren, will sagen, daß es für jeden von uns

die Pflicht gibt, sich mit den politischen Verhältnissen im Land geistig auseinanderzusetzen, sich fähig zu machen, ein eigenes kritisches Urteil darüber zu bilden, zu anstehenden politischen Entscheidungen eine Meinung zu haben und in dem Wirkungskreis, in den jeder gestellt ist, nach dem Maße seiner Kräfte und auf den Wegen, die die Verfassung und die politisch-gesellschaftliche Ordnung anbieten, auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse Einfluß zu nehmen. Dazu zu helfen, darauf vorzubereiten und dahin zu wirken, ist heute eine der elementaren Aufgaben, die dem Staatsbürger gestellt sind.

Unser Thema „Die öffentliche Meinung und wir“ greift einen kleinen Ausschnitt aus dieser politischen Aufgabe und Arbeit in der freiheitlichen Demokratie heraus, zu der auch die Orientierung über die Situation gehört, unter der und in der die Demokraten versuchen müssen, ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden.

Die gegenwärtige Situation

Lassen wir die zahlreichen Elemente unserer Situation einmal beiseite, die in der öffentlichen Diskussion ausgiebig behandelt werden, und deshalb allen Interessierten gegenwärtig sind, – also die augenscheinliche Dominanz einer materialistischen Lebensauffassung, die ja längst nicht mehr das Specificum des westlichen Sozialismus ist, den Pluralismus innerhalb unserer Gesellschaft, der auf dem Mangel an Einverständnis über den Inhalt einer materialen Wertordnung beruht, oder die verzweifelte Unsicherheit, was denn die Gerechtigkeit und das Gemeinwohl sei und fordere, oder auch eine so spezifisch deutsche Sondersituation wie die der Zuordnung der Bundesrepublik zum freien Westen und der gleichzeitig erhobene Anspruch auf Wiedervereinigung.

Unsere gegenwärtige Situation erhält ihr entscheidendes und sie von früheren Epochen unterscheidendes Gepräge durch drei völlig neuartige Tatbestände, die in radikaler Weise unsere gesellschaftliche Ordnung als eine menschliche Ordnung in Frage stellen, drei Tatbestände, die deshalb besonders gefährlich sind, weil sie entweder aus dem Bewußtsein verdrängt oder aber überhaupt nicht erfaßt werden:

Seit der Entdeckung und Beherrschung der Atomkraft steht der Mensch unter der permanenten Drohung der Vernichtung seiner selbst, seiner Kultur, seiner Welt. Der Untergang nicht des Abendlandes, der Untergang der Menschheit, das Ende des Lebens auf dieser Erde ist eine mögliche Aktion des Menschen geworden. Das Zeitalter der Götterdämmerung in der vollen Doppeldeutigkeit des Wortes ist angebrochen. Das ist das eine, nur allzu leicht und allzu gern und allzu rasch Verdrängte.

Der zweite Tatbestand betrifft den Menschen in seiner personalen Existenz: Die Fortschritte der Naturwissenschaften und die Technik der Medizin machen es heute möglich, den Menschen durch gezielte Eingriffe in die Träger der Erbanlagen,

durch chirurgische Eingriffe oder mit Hilfe von Medikamenten in seiner Grundlage, in seinem Persönlichkeitskern, in seinem Wesen zu manipulieren und zu verändern, seinen Willen und sein Gewissen außer Funktion zu setzen und ihn zum Roboter zu machen. Huxleys *Brave New World* ist keine Utopie mehr.

Womöglich noch bedrückender und unheimlicher ist der dritte Tatbestand; bedrückender, weil er nicht bloß wie die beiden andern als drohende Möglichkeit vor uns steht, sondern schon Wirklichkeit geworden ist; unheimlicher, weil er sich unbemerkt und heimlich vollzieht und wir ihm deshalb wehrlos ausgeliefert erscheinen. Wir leben – wir alle mehr oder weniger – leben in einer Illusion der Freiheit. Günther Anders hat den Zustand in allen Phasen und Variationen beschrieben und analysiert: Die moderne Gesellschaft „funktioniert“, indem sie unablässig und an zahlreichen Stellen zugleich mit einer unaufdringlichen Eindringlichkeit Wünsche, Reize, Bedürfnisse suggeriert. Die unbewußte Identifizierung aller mit dieser Suggestion führt zum Konformismus. Das heißt: Alle wollen von sich aus, was sie nach jener Suggestion wollen sollen. „Sie benötigen also nur noch, was ihnen aufgenötigt wird, sie denken nur noch, was ihnen zgedacht wird, sie tun nur noch, was ihnen angetan wird, es ist ihnen nur noch so zumute, wie es ihnen zugemutet wird“, kurz, sie sind unfrei und leben im Hochgefühl der Freiheit. Ergebnis: Die konformistische Gesellschaft ist ein System sanften Terrors! Natürlich ist dieses System noch nicht vollkommen; aber es hat uns alle schon, die einen mehr, die anderen weniger, erfaßt, ohne daß wir es überhaupt bemerkt haben. Das kann jeder bei sich selbst an Hand dessen kontrollieren, was er konsumiert an Wunschträumen, an Vergnügen, an Hobbys, an Sozialprestige, an Aufwand, an Klischees und Wertvorstellungen, an Arbeitsethos (wenn das damit Gemeinte diese Bezeichnung noch verdient), an politischen Schlagworten und sogen. politischer Ethik, an Kultur, angefangen von den Erziehungsmaximen bis hin zu seinem Verhältnis zum Religiösen.

Nun, in diesem System spielt eine besondere Rolle, spielt die entscheidende Rolle die öffentliche Meinung.

Was ist die öffentliche Meinung?

Offensichtlich ist sie eine geäußerte, eine vernehmbare Meinung, nicht bloß eine irgendwo vorhandene, nicht bloß eine unausgesprochene Überzeugung, nicht bloß eine Meinung, die aus Reaktions- und Verhaltensweisen dessen, der sie hat, unter Umständen erschließbar ist. Öffentliche Meinung ist offensichtlich auch etwas anderes als die unzählig vielen Privatmeinungen der Millionen einzelnen; öffentliche Meinung ist eine Meinung überindividueller Art. Öffentliche Meinung ist auch nicht identisch mit bestimmten allgemeinen Grundhaltungen, die zu allen Zeiten die lebendige Gemeinschaftsordnung eines Volkes unreflektiert bestimmt haben, also nicht identisch mit einer allgemeinen Bewußtseinslage, nicht identisch mit einer

allgemeinen traditionellen Lebensart, nicht identisch mit einem allgemeinen Selbstverständnis des Menschen.

Öffentliche Meinung ist erst möglich geworden mit der Ausbildung bestimmter Einrichtungen, in denen und durch die sie artikuliert wird: Im 19. Jahrhundert waren es Parlament, Theater, Hochschule und Zeitung; im 20. Jahrhundert stehen fast ausschließlich im Vordergrund Presse, Film, Rundfunk, Fernsehen, die modernen Massenkommunikationsmittel. Mittels dieser Massenmedien existiert die öffentliche Meinung. Das gilt so absolut, daß heute eine noch so bedeutsame Meinungsäußerung – bedeutsam, weil sie aus überlegener Sachkunde stammt und eine wichtige Angelegenheit des öffentlichen Lebens betrifft – einfach untergeht, völlig vergeblich gebildet und geäußert wird, wenn es nicht gelingt, sie in einem der sogenannten Massenmedien unterzubringen. Das hat beispielsweise der Wehrbeauftragte Heye sehr genau erfaßt, wenn er sich nicht mit seinem Bericht an das Parlament begnügt, sondern seine Kritik an Mängeln innerhalb der Bundeswehr auch in der Presse veröffentlicht hat. (Erstaunlich ist nur, daß man das nicht sehen, nicht begreifen, nicht wahrhaben will. Und bemerkenswert ist nur, daß man unbequeme Äußerungen an die Öffentlichkeit unterbinden möchte und sie ganz bestimmten amtlichen Stellen reservieren möchte!) Aus demselben Grund haben sich innerhalb der Wissenschaften organisierte Zirkel von Professoren gebildet, die sich in der Presse wechselseitig ihre Werke besprechen, haben sich innerhalb der Literatur ähnliche Kreise, beispielsweise die Gruppe 47, haben sich geradezu Symbiosen zwischen den Literaten und den professionellen Feuilletonpäpsten in den Zeitungen, etwa der „FAZ“ oder der „Welt“ gebildet. Deshalb verfügt jede der politischen Parteien über Kanäle zum Spiegel. Kurz, eine Meinung zu öffentlichen Dingen äußern, ohne daß sie Rundfunk, Fernsehen oder Presse verbreitet, heißt, was Einflußnahme auf öffentliche Dinge anlangt, ganz einfach in den Wind hineinreden. Meinungsäußerung ohne Resonanz in den Massenkommunikationsmitteln hat keine Publizität, ist für die öffentliche Meinung belanglos.

Öffentliche Meinung unterscheidet sich von der privaten Meinung aber auch qualitativ: ihr Gegenstand ist stets das Politische. Politisch hier in dem ursprünglichen umfassenden Sinn verstanden: auf die polis, auf die Gemeinschaft bezogen, das Gemeinwohl betreffend. Öffentliche Meinung handelt nicht nur dann vom Politischen, wenn sie sich zur Außenpolitik, Innenpolitik, Kultur- oder Wirtschaftspolitik äußert oder gar konkret zu einzelnen Maßnahmen der Politik der Regierung oder eines auswärtigen Staates Stellung nimmt; sie betrifft ebenso das Politische, wenn sie sich über die Apathie der Bevölkerung beklagt, wenn sie die Reiselust der Politiker kritisiert, wenn sie Mißstände innerhalb der Justiz bemängelt, wenn sie das Verhalten der Gewerkschaft oder des Bauernverbandes würdigt, wenn sie von der persönlichen Lebensführung der Politiker Notiz nimmt. Ja, es ist immer noch das Politische, was eine Äußerung innerhalb der öffentlichen Meinung qualifiziert, wenn sie beispielsweise das „Schweigen“ lobt oder „Pardon“ ab-

lehnt, wenn sie Dohrn verteidigt oder den Allüren eines Kurt Jürgens oder Gunter Sachs nachgeht, den Beatle-Rummel registriert oder einen zweifelhaften Fortschritt der Mode preist, über das Konzil berichtet oder Bloch, Havemann oder Lucasz zum Gegenstand ihrer Reflexionen macht; selbst der Inhalt der „D-Mark“ und ihres Zwillings, der neuen „Zeitung“, ist öffentliche Meinung im Sinne des Politischen, selbst die Unterhaltung in Rundfunk und Fernsehen hat politischen Gehalt und ist politisch bedeutsam.

Öffentliche Meinung handelt nicht nur vom Politischen, sie ist stets und in jeder ihrer Äußerungen ein Politikum, indem sie in dem angedeuteten umfassenden Sinn einen politischen Effekt erzielt, politische Wirkung erzeugt, gleichgültig ob das bewußtermaßen bezweckt ist oder nicht. Die öffentliche Meinung als Politikum erster Ordnung zu bezeichnen, ist deshalb gerechtfertigt, weil sie erstens an Intensität jede andere an die Öffentlichkeit gerichtete Meinungsäußerung, selbst die der staatlichen Behörden und der Kirchen übertrifft, genauer, weil alle an die Öffentlichkeit gerichtete Äußerungen, auch die der staatlichen und kirchlichen Autoritäten, in den Prozeß der Bildung der öffentlichen Meinung eingehen. Die Kirche hat eben erst da und dort begonnen zu begreifen, daß heute Lehramt, Konzil und Hirtenbriefe nicht mehr genügen, daß sie vielmehr heute der öffentlichen Meinung bedarf, um ihre Gläubigen mit den religiösen Wahrheiten wirksam zu erreichen. Die öffentliche Meinung ist sodann ein Politikum erster Ordnung, weil sie ein Höchstmaß an Breitenwirkung hat, weil sie Massen anspricht und beeinflusst, Masse nicht nur im Hinblick auf die große Zahl der Konsumenten der öffentlichen Meinung, sondern auch im Hinblick darauf, daß die Vielen als Gleiche angesprochen werden, d. h. ohne Rücksicht auf ihr Alter, auf ihre Bildung, auf ihre Einsicht, auf ihre Urteilskraft, auf ihre Dummheit und Indolenz, auf ihre Labilität usw.

Öffentliche Meinung ist schließlich ein Politikum erster Ordnung, weil sie Gruppenbildungen, Gruppenreaktionen, Gruppeninstinkte, Gruppenansprüche auslöst. Die öffentliche Meinung wirkt wie ein Gleichrichter im Bereich des Geistigen. Nur kraft der öffentlichen Meinung kann sich so etwas bilden wie eine Front gegen Franz Josef Strauß oder der Nimbus des Kanzlers Erhard oder das Klischee von der unheilbar gesunden deutschen Wirtschaft oder die fürchterliche Vereinfachung des Gegensatzes zwischen ahnungslosen Koexistenzlern und ebenso ahnungslosen Antikommunisten.

Ihre innere Struktur

Der vollen Wirklichkeit dieser schillernden, nie ganz präzise faßbaren Erscheinung, die man öffentliche Meinung nennt, kommt man erst nahe, wenn man nun noch ihre innere Struktur ins Auge faßt, den Prozeß der Bildung der öffentlichen Meinung.

Der Idee nach entsteht öffentliche Meinung „by discussion“; aus der freien und ungehinderten geistigen Auseinandersetzung mit den den Menschen bewegenden Dingen, aus der Vielzahl der Meinungen und Argumente, die die an einem Gegenstand Interessierten äußern, wechselseitig aufnehmen, geistig verarbeiten, soll sich die öffentliche Meinung bilden. Es findet also ein Prozeß der Korrektur der Vielzahl individueller Meinungen, ein Prozeß der Abschleifung, der Beeinflussung, der Einschmelzung, der Entwicklung zu einer besseren Einsicht statt, an dessen Ende eine überindividuelle Meinung zu einer Frage steht, in der nun die vielen Einzelnen übereinstimmen. Das Bundesverfassungsgericht hat diesen Prozeß der freien Meinungsbildung, die in eine öffentliche Meinung mündet, mit Recht als geradezu konstituierend für eine freiheitlich-demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung bezeichnet.

Die Wirklichkeit ist weniger vollkommen als die Idee. Zunächst einmal beteiligen sich an diesem Meinungsbildungsprozeß nur relativ wenige Einzelne kontinuierlich und aktiv; die Mehrzahl derer, die durchaus eine eigene Meinung über eine Sache von öffentlicher Bedeutung besitzen, schweigt. Auch nicht jede geäußerte Meinung des Einzelnen, davon war schon die Rede, vermag sich unter den modernen Verhältnissen der Publizistik so vernehmbar zu machen, daß sie eingeht in den Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung; nur die organisierte Meinung, die gruppenrelevante Meinung gewinnt heute noch Bedeutung für die öffentliche Meinung. Damit hängt zusammen, daß die in die Bildung der öffentlichen Meinung eingehenden individuellen Meinungen schon etwas von ihrer ursprünglichen Farbe und gedanklichen Schärfe und Prägnanz verloren haben. Davon abgesehen beziehen sich die allermeisten dieser Meinungen auf einen nicht ganz einfachen Sachverhalt, also auf einen Komplex von Tatsachen, die uns allen nicht unmittelbar zugänglich und erfahrbar sind. Der moderne Mensch reagiert notwendig auf Informationen zweiter Hand; und das bedeutet, seine Meinung geht u. U. von falschen oder teilweise unrichtigen Tatsachen aus.

Die öffentliche Meinung wird auch keineswegs ausschließlich beeinflußt durch die aktuell zu einer Frage geäußerten Meinungen, die aus der Gesellschaft heraus vernehmbar werden, sondern in erheblichem Umfang durch tradierte Vorstellungen, durch Gewohnheit gewordene Institutionen, durch Entwicklungen, die ihre Wurzel in der Vergangenheit haben. Und schließlich handelt es sich bei den in die öffentliche Meinung einfließenden Auffassungen, Urteilen, Forderungen der Einzelnen und Gruppen nicht nur um lautere, um redliche, um gewissenhafte Meinungen; es gibt ebenso viele zweckhafte, emotionelle, unsachlich motivierte und böswillige Meinungen.

Das alles läuft heute durch das Filter der sogenannten Massenkommunikationsmittel, d. h. durch die Hände derer, die es dem Konsumenten der öffentlichen Meinung zurichten und servieren. Natürlich wäre es unfair zu bezweifeln, daß sich die Verantwortlichen in Presse, Rundfunk und Fernsehen im allgemeinen bemühen,

ihrer Aufgabe verantwortungsvoll und nach besten Kräften gerecht zu werden; aber ebenso unbezweifelbar ist es, daß sie ihre Aufgabe nicht einfach darin sehen, bloße Vermittler der vorhandenen Meinung an ihre Hörer, Leser und Zuschauer zu sein. Das gilt nicht einmal für die Nachrichtenagenturen oder für die Mode gewordenen demoskopischen Institute, wie beispielsweise das Allensbacher Institut oder Emnid. Das gilt nicht einmal für den Abdruck von Leserbriefen. Alle diese Einrichtungen, in denen die öffentliche Meinung zum Ausdruck kommt, begreifen ihre Aufgabe als Beitrag zur Veränderung und Verbesserung der politischen Verhältnisse!

Was folgt aus diesen höchst verwickelten Zusammenhängen? Die öffentliche Meinung kann ganz offensichtlich nur ausnahmsweise eine Meinung sein, in der sich praktisch alle Angehörigen der Gesellschaft innerhalb der Bundesrepublik Deutschland einig sind. Sie ist in aller Regel zwiespältig, d. h. es gibt zu den allermeisten Sachfragen mehr als eine Meinung, die für sich in Anspruch nimmt, die öffentliche Meinung zu sein. In vielen dieser Fälle läßt sich allenfalls von einer dominanten Auffassung reden, die dann als „die öffentliche Meinung“ ausgegeben wird. Nicht selten wirkt solche öffentliche Meinung dann als Unterdrückung der damit in Widerspruch stehenden Minderheitsmeinung. Aber selbst wo eine eindeutige öffentliche Meinung feststellbar ist, brauchen durchaus nicht dieselben Motive und dieselben Gründe hinter dieser einen Meinung stehen.

Die öffentliche Meinung über Angelegenheiten politischer Natur ist selten konstant; sie unterliegt aus den verschiedensten Gründen dauerndem Wechsel; sie ist häufig ausgesprochen unbeständig. Öffentliche Meinung ist niemals, einfach weil die große Mehrzahl sie teilt, richtig und verbindlich. Die Behauptung, die öffentliche Meinung sei für oder gegen eine bestimmte Maßnahme, ist deshalb niemals ein sachliches Argument. Öffentliche Meinung ist immer gefilterte Meinung, in der die Meinung der Minderheiten zu kurz kommt. Insofern die öffentliche Meinung heute meist veröffentlichte Meinung ist, kann sie sogar das Werk verhältnismäßig kleiner Kreise unserer Gesellschaft, kann sie vorübergehend gar das Werk einiger weniger sein, die sich geschickt der publizistischen Medien bedienen. So ist im Augenblick beispielsweise der Einfluß der Humanistischen Union auf die öffentliche Meinung unverhältnismäßig größer als die Bedeutung der dahinter stehenden Gruppe. Oder: Wenn Sebastian Haffner oder Rudolf Augstein die Welt durch ihre Brille betrachten, halten sie das, was sie publizieren, für die öffentliche Meinung und das, was sonst an Meinung dazu existiert, für das noch nicht zum Stillstand gekommene Meinungsgeklapper von vorgestern.

Öffentliche Meinung kann schließlich verfälscht sein durch unvollständige Information der Bevölkerung. In welcher extremer Weise die öffentliche Meinung irreführt sein und irreführen kann, beweisen beispielsweise die erst nachträglich aufgedeckten Machenschaften bei der Berichterstattung über den Regimewechsel in Südvietnam, denen ein Teil der publizistischen Einrichtungen zum Opfer fiel und

ein anderer Teil Vorschub leistete. Ein ähnlich erschreckendes Beispiel bildet die öffentliche Meinung zur Christenverfolgung im Sudan. Aber es gibt näherliegende Beispiele: Die Praxis der Informationspolitik der Behörden in Bund und Ländern besteht im Zweifel darin, so lange als möglich nicht zu informieren, die Information auf das ohnehin bekannt Gewordene und für die Bevölkerung Erträgliche, in Wahrheit auf das der Behörde Zuträgliche zu beschränken, oder mit der Information gleich den obrigkeitlichen Kommentar dazu mitzuliefern.

Einer besonderen Anmerkung bedarf schließlich noch ein Tatbestand, der speziell für unsere Verhältnisse in der Bundesrepublik eigentümlich ist: die Organisation der für die Artikulierung der öffentlichen Meinung entscheidenden Publikationsmittel Presse, Rundfunk und Fernsehen. Die Verhältnisse innerhalb der Presse liegen relativ günstig, insofern eine Vielzahl von einander unabhängiger und miteinander konkurrierender Zeitungen existiert. Dessen ungeachtet bedarf es zweier Vorbehalte: das Gesamtbild der deutschen Presse zeichnet sich der Tendenz nach – alles in allem genommen – durch zwei Einseitigkeiten aus: Unsere Presse überzeichnet das Negative, indem sie in einer ungebührlichen Weise die Mängel, die Skandale, das Unzureichende, das Sensationelle in den Vordergrund stellt und zu wenig das Positive, die Leistungen, die Bemühungen um die Verbesserung unserer politischen Verhältnisse, die Opfer für das Gemeinwohl registriert, kommentiert und würdigt. Und ebenso unverkennbar ist, daß die Presse – wiederum aufs Ganze gesehen – einseitig zu einer liberalen, um nicht zu sagen liberalistischen und in den Kulturbereichen libertinistischen Betrachtung der Dinge neigt, mit der sich gerade der, der die Freiheit für ein unverzichtbar hohes Gut innerhalb einer demokratischen Gesellschaft hält und verteidigt, nicht befreunden kann.

Prekärer verhalten sich die Dinge bei Rundfunk und Fernsehen, die zur Zeit noch in den Händen einiger weniger unabhängiger öffentlich-rechtlicher Anstalten liegen, die unter sich, was die Produktion und Programmgestaltung anlangt, eng verbunden sind und praktisch ein Sendemonopol besitzen. Diese Struktur des Rundfunk- und Fernsehwesens verlangt zur Erhaltung eines Mindestmaßes von freier Meinungsbildung im öffentlichen Raum, daß die auf die Programmgestaltung einflußnehmenden Anstalts-Organen paritätisch besetzt werden, d. h. daß alle gesellschaftsrelevanten Kräfte und Gruppen in einem angemessenen Verhältnis beteiligt werden und zu Wort kommen. Es liegt aber auf der Hand, daß das keine vollbefriedigende Lösung ist. Es besteht die Gefahr – und es ist mehr als nur eine Gefahr –, daß bei dem erforderlichen Ausgleich der Meinungen innerhalb der Anstalten keine unverkürzt zum Ausdruck kommt und zugleich insgesamt so etwas wie eine nivellierende, unbestimmt schillernde, möglicherweise auch verzerrende „Mittelmeinung“ produziert wird. Das ist sehr vorsichtig und wohlwollend formuliert, in Wahrheit ließe sich im einzelnen nachweisen, daß die Unzuträglichkeiten und Mißhelligkeiten dieses Systems zu viel bedenklicheren Fehlleistungen führen. Ich brauche nur an die politisch aktuellen Sendungen wie Panorama oder Höf-

ners Frühschoppen zu erinnern. Deshalb wäre zur Herbeiführung einer wirklich freien Bildung der öffentlichen Meinung nichts vordringlicher als die Bildung möglichst vieler selbständiger Einrichtungen für Rundfunk und Fernsehen, die miteinander in ähnlicher Weise wie die Zeitungen innerhalb des Pressewesens konkurrieren.

Einige grundsätzliche Forderungen

Aus diesem Bild der öffentlichen Meinung als Gesamterscheinung, die nicht nur ein unwiderrufliches Faktum unserer modernen gesellschaftspolitischen Verhältnisse ist, sondern, um es noch einmal zu sagen, schlechthin unentbehrlich ist für das Funktionieren einer freiheitlichen Demokratie, ergeben sich nun allerdings einige grundsätzliche Forderungen an den Bürger, an uns alle, die wir von ihr angesprochen werden. Ich will sie möglichst kurz zusammenfassen:

1. Der Bürger darf nicht einfach zum Konsumenten der öffentlichen Meinung herabsinken; er bedarf vielmehr der kritischen Distanz in der Auseinandersetzung mit der öffentlichen Meinung zur Gewinnung eines eigenen Standpunkts; dazu gehört neben manchem anderen das bewußte Einüben dieser kritischen Haltung.

2. Sich innerlich frei und unabhängig von der öffentlichen Meinung machen, kann nicht gelingen ohne die Entwicklung gültiger Maßstäbe für die Beurteilung der Richtigkeit oder Unrichtigkeit, der Vertretbarkeit oder Unvertretbarkeit dessen, was die öffentliche Meinung vertritt. Das bedeutet für uns alle die Notwendigkeit, sich erheblich intensiver als in früherer Zeit mit den Grundsätzen der christlichen Ethik, mit den Grundsätzen der katholischen Gesellschaftslehre und den Grundsätzen des Naturrechts zu beschäftigen, um sie bewußt zum Ausgangspunkt für die Bewertung öffentlicher Angelegenheiten zu machen.

3. In einer freiheitlich-demokratischen Ordnung, in der die öffentliche Meinung die dargestellte entscheidende Rolle spielt, darf es keine Abstinenz im Politischen geben. Der Prozeß der freien Meinungsbildung beginnt damit, daß jeder in verantwortlicher Weise und innerhalb des Kreises, in dem er sich Gehör verschaffen kann, dazu durch seine eigene Meinungsäußerung, d. h. durch seine Parteinahme beiträgt. Niemand ist dieser Pflicht schon dadurch ledig, daß er sagen kann, er habe keinen Zugang zur Presse oder zu den andern Massenmedien. Die Verantwortung beginnt schon eine Stufe früher und vorher: in den engeren Kreisen seiner Umgebung unter Gleichgesinnten, innerhalb der beruflichen Organisationen, in den örtlichen Veranstaltungen politischer Parteien usw.

4. Wenn heute nur die organisierte Gruppenmeinung Aussicht auf Resonanz innerhalb der öffentlichen Meinung hat, dann hängt es offenbar von der Unterstützung organisierter Gruppen, mit denen man überzeugungsmäßig übereinstimmt, und von der Lebendigkeit dieser Gruppen und Organisationen ab, daß in der öffentlichen Meinung die eigene, von vielen anderen geteilte Überzeugung zum

Ausdruck kommt und diese eigene Überzeugung nicht durch die öffentliche Meinung in ihrer Einseitigkeit überwältigt wird. Ohne dieses Engagement in der organisierten Gemeinschaft Gleichgesinnter geht es heute nicht mehr.

5. Parteinahme in der Auseinandersetzung mit der öffentlichen Meinung kann heute auch nicht darauf verzichten, die Motive und die Begründung für diese Parteinahme offen darzulegen. Es ist dem Phänomen der öffentlichen Meinung gegenüber nicht mehr ausreichend, von vorneherein nur zu äußern, was politisch erreichbar erscheint, was eben noch vertretbar erscheint, kurz in seinen Äußerungen bloß noch das für möglich gehaltene Kompromiß als Beitrag zur öffentlichen Meinung beizusteuern. Natürlich steht am Ende des Ringens der verschiedenen Meinungen miteinander insbesondere dort, wo um des Gemeinwohls willen eine konkrete politische Entscheidung fallen muß, das Kompromiß, das dann alle hinnehmen müssen. Aber zunächst einmal verlangt die Auseinandersetzung innerhalb der öffentlichen Meinung, daß die daran Beteiligten ihre Überzeugung, ihre Grundsätze, ihre Forderungen, ihre Argumente vollständig, ohne Abstriche mit dem ganzen Nachdruck, dessen sie fähig sind, vortragen und zur Geltung bringen. Mir scheint, daß in diesem Punkt gerade im christlichen Lager, bei uns manches im Argen liegt. Die Beispiele will ich mir ersparen.

Im Grunde geht es bei allem, was hier gesagt wurde, offenbar darum, den „sanften Terror der öffentlichen Meinung“ zu brechen. Dadurch unterscheidet sich die demokratische, wirklich freie Gesellschaft von der konformistischen Gesellschaft im Sinne von Günther Anders. Die Freiheit – ich meine die menschliche Freiheit, die sich an Gewissen und Verantwortung, die sich an eine materiale Ordnung objektiver Werte gebunden weiß – kann nicht nur, wie jenseits der Mauer, durch den Apparat eines Regimes drastisch unterdrückt werden, sie kann auch, wenn wir uns der öffentlichen Meinung wie bisher einfach ausliefern, durch uns selbst ernsthaft bedroht sein.

ZEITBERICHT

Gastarbeiter in Frankreich – Unbefriedeter Kongo – Zur Situation des französischen Buches

Gastarbeiter in Frankreich

Für Frankreich ist der Zustrom der Gastarbeiter nichts Neues; sei es, daß sie als Saisonarbeiter ins Land kommen oder sich ständig dort niederlassen wollen. Dennoch hat auch hier der Rhythmus der Einwanderung in den letzten Jahren eine beängstigende Form angenommen. Als jährliche Zuzugsquote werden genannt: für 1961: 79 000; für 1962: 113 000; für 1963: 140 000. Während die Zahl der Italiener zurückgeht (sie bevorzugen gegenwärtig Deutschland und die Schweiz),